

Sehr geehrte Frau MdB ...,

ich schreibe Ihnen wegen des gemeinsamen Anti-BDS-Antrags von CDU/CSU und SPD "Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen".

Ich möchte Sie herzlich bitten, diesem Antrag Ihre Stimme zu verweigern. Denn:

- 1) BDS ist keineswegs antisemitisch. Alle gegenteiligen Behauptungen sind gezielte Ideologieproduktion der rechtsnationalistischen israelischen Regierung.
- 2) Den Sack schlägt man, den Esel meint man: Die Verteufelung von BDS dient dazu, jede Opposition gegen Israels ungerechte Behandlung der Palästinenser klein zu bekommen, und zwar auch und gerade die jüdische Opposition, sowohl in Israel (z. B. Combatants for Peace, Breaking the Silence, Zochrot) als auch in Deutschland (z.B. Jüdische Stimme für gerechten Frieden). Daher: Der Anti-BDS-Antrag bekämpft nicht Antisemitismus, sondern er ist antisemitisch, indem er menschenrechtsorientierten Juden in Deutschland die Rede- und Versammlungsfreiheit nimmt.
- 3) Generell ist die in diesem Antrag ausgedrückte Verteufelung einer politischen Meinung ein schwerwiegender Eingriff in die Rede- und Versammlungsfreiheit im Interesse einer ausländischen Regierung. Das kann nicht Ihr Ziel gewesen sein, als Sie sich entschlossen, in die Politik zu gehen.

Begründung:

zu 1) Israel lebt auf geraubtem Land. Das Eigentum der zur Staatsgründung 1948 vertriebenen und geflohenen Palästinenser wurde 1950 auf Beschluss des israelischen Parlaments verstaatlicht und den Bewohnern die Rückkehr verweigert – entgegen allen UN-Resolutionen. Auf geraubtem Land kann man nicht in Frieden leben. Daher müsste sich Israel um einen gerechten Ausgleich bemühen. Stattdessen setzt es auf eine Politik der gnadenlosen Stärke, hat den Gaza-Streifen in einen Käfig verwandelt und bemüht sich, die Palästinenser im Jordan-Westuferland und Jerusalem zu verdrängen und zu enteignen.

BDS – "Boykott, Desinvestition, Sanktionen" – ist eine Basisbewegung der palästinensischen Zivilgesellschaft, die mit gewaltfreien Mitteln gleiche Rechte für Palästinenser verlangt. Wer BDS verurteilt, möge den Palästinensern mitteilen, welche Mittel sie zur Verfolgung ihrer Anliegen denn benutzen dürfen. Sollen es wieder Flugzeugentführungen sein wie in den 1970er-Jahren? Kollektiver Aufstand mit Steinewerfen wie in der Ersten Intifada? Bombenattacken gegen israelische Zivilbevölkerung wie vor 15 Jahren zur Zweiten Intifada?

Um diese neue Form des zivilen Widerstands klein zu bekommen, startete Israel eine ideologische Offensive, nimmt BDS aufs Korn und behauptet, dies sei antisemitisch. Das ist völliger Blödsinn. Das Erschütternde ist, wie leicht die deutsche Politik bei dieser Ideologieproduktion mitspielt. Zum Beispiel lobt der Anti-BDS-Antrag Ihrer Fraktion (II. 2) den interfraktionellen Anti-BDS-Antrag des Landtags Nordrhein-Westfalen. Dieser NRW-Antrag behauptet im ersten Absatz (1): "In Berlin haben BDS-Anhänger ein Podiumsgespräch mit einer Holocaust-Überlebenden gestürmt und diese niedergebrüllt." Dies sei "eine Schande" und "klar antisemitisch". Die Wahrheit ist: Es handelte sich bei diesem nebensächlichen Ereignis vor zwei Jahren um zwei, höchstens drei Dissidenten in einem halbleeren Seminarraum; das „Stürmen und Niederbrüllen“ war ein energisches, monologisierendes Dazwischenreden aus der fünften Reihe, ohne diesen Platz zu verlassen; dies endete nach kurzer Zeit durch das Eingreifen zweier breitschultriger Ordner (2); niemals wurde ein Podium

"gestürmt" – es gab gar kein "Podium" in diesem kleinen Seminarraum. Und die Pointe: Nach Aussage von Frau Weinstein, der „Holocaustüberlebenden“, waren die Zwischenrufer in der Tat BDS-Anhänger, aber es seien weder blutrünstige Dschihadisten noch judenhasbesessene Germanen gewesen, sondern jüdische Israelis (3). Hier wird also politischer Dissens jüdischer Israelis mit Tatsachenverdrehungen als "antiisraelisch" und "antisemitisch" bezeichnet – man kann wohl mit Fug und Recht sagen: verleumdet. Das ist nichts anderes als Propaganda. Es ist eine Schande, dass sich deutsche Parlamentarier dazu hergeben.

2) Aufgrund der im Antrag von CDU/CSU-SPD gelobten Anti-BDS-Initiative einzelner Städte wurden Veranstaltungen unter anderem mit dem jüdischen Deutsch-Israelis Prof. Moshe Zuckermann, Judith Bernstein, Abraham Melzer untersagt, wurde der Organisation Jüdische Stimme für gerechten Frieden (mehr als 40 jüdische Mitglieder, zum großen Teil Israelis) öffentlicher Raum für eine Preisverleihung verweigert. Gegen diese Drangsalierung menschenrechtsbetonender jüdischer Menschen erhoben viele Jüdinnen und Juden im In- und Ausland ihre Stimme, u. a. Noam Chomsky, Judith Butler, der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland Shimon Stein, Prof. Rolf Verleger (Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland 2005-2009), Prof. Micha Brumlik. Ebenso protestierten gegen die Repressalien der Stadt Göttingen gegen die Preisverleihung an die Jüdische Stimme mehrere Professoren der Göttinger Universität, u. a. der Völkerrechtler Prof. Kai Ambos, die Orientalistin Prof. Irene Schneider, der Physiker Prof. Christian Jooss, sowie mehrere frühere Träger des Göttinger Friedenspreises, u. a. Konstantin Wecker und Prof. Wilhelm Heitmeyer. All diesen Menschen ist deutlich, gegen wen sich diese sogenannten "Anti-BDS"-Maßnahmen auch und überwiegend richten: Juden, die sich gegen Netanjahus radikalnationalistischen Kurs wenden.

3) Trump, Bolsonaro, Orban, Kaczynski, Wilders, Strache, Le Pen, von Storch: Radikalnationalisten auf der ganzen Welt bewundern den Staat Israel für seine nationalistische Ideologie, für seine Ausgrenzung ungewollter Einwanderer und vor allem für seine Kompromisslosigkeit gegen die vertriebenen und enteigneten Palästinenser. Wollen Sie sich wirklich mit diesen politischen Strömungen gemein machen?

Als zum ersten Mal in der Süddeutschen Zeitung über Ihre neue "Anti-BDS"-Initiative berichtet wurde – federführend von der FDP-Fraktion – (4), setzten vierzehn jüdische Erstunterzeichner eine "Petition" an die FDP-Fraktion auf, in der dieser Anbiederungskurs an die AfD abgelehnt wurde und die FDP aufgefordert wird, ihren Anti-BDS-Antrag zurückzuziehen (5). Einer der Erstunterzeichner war Prof. Henri Hurwitz, der 1936 als Dreijähriger mit seinen Eltern aus Berlin nach Belgien auswanderte, dort nach der deutschen Besatzung den Judenstern tragen musste und dann versteckt als Schein-Christ in einem Internat die deutsche Besatzung überlebte. Sein Vater wurde nach Auschwitz deportiert und ermordet. Wollen Sie im Sinne der "Internationalen Holocaust-Allianz" im Ernst die Frechheit besitzen, Henri Hurwitz "antisemitisch" zu nennen?

Hier geht es um Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit, elementare Bestandteile des Grundgesetzes. Wollen Sie lieber das Grundgesetz an Ihre Israelpolitik anpassen als die Israelpolitik an das Grundgesetz? Wollen Sie nicht eindeutig Partei für die Menschenrechte ergreifen? Die vielbeschworene "deutsche Verantwortung" kann in nichts anderem bestehen.

(1) <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-3577.pdf>

(2)

https://twitter.com/AbbsWinston/status/877889630577860608?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ct

wcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E877889630577860608&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.bz-berlin.de%2Fberlin%2Fmitte%2Fholocaust-ueberlebende-an-humboldt-uni-niedergebruehlt

(3) <https://www.tagesspiegel.de/berlin/vorfall-an-berliner-humboldt-uni-holocaust-ueberlebende-war-geschockt-von-stoerern/19988488.html>

(4) www.sueddeutsche.de/politik/bds-kampagne-fdp-israel-1.4410663

(5) <https://www.openpetition.de/petition/online/wir-sagen-der-fdp-einsatz-fuer-menschenrechte-ist-nicht-antisemitisch>

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag bekennt sich unabänderlich zu seinem Versprechen, Antisemitismus in allen seinen Formen zu verurteilen und zu bekämpfen, und bekräftigt ausdrücklich den beschlossenen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“ vom 17. Januar 2018.

Laut Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken ist Antisemitismus eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.

Es gibt keine legitime Rechtfertigung für antisemitische Haltungen. Das entschiedene, unbedingte Nein zum Hass auf Jüdinnen und Juden gleich welcher Staatsangehörigkeit ist Teil der deutschen Staatsräson. Antisemitismus hat sich in seinen mörderischen Folgen als die verheerendste Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Geschichte unseres Landes und in ganz Europa erwiesen und ist heute noch eine Bedrohung sowohl für Menschen jüdischen Glaubens als auch für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Antisemitismus in den vergangenen Jahren zugenommen hat und die jüdische Gemeinschaft zunehmend verunsichert ist.

Wer Menschen wegen ihrer jüdischen Identität diffamiert, ihre Freizügigkeit einschränken will, das Existenzrecht des jüdischen und demokratischen Staates Israel oder Israels Recht auf seine Landesverteidigung infrage stellt, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen. Durch eine besondere historische Verantwortung ist Deutschland der Sicherheit Israels verpflichtet. Die Sicherheit Israels ist Teil der Staatsräson unseres Landes. Deutschland tritt entschieden für die Vision von zwei Staaten in sicheren Grenzen und in Frieden ein: einen jüdischen demokratischen Staat Israel und einen unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat.

Seit Jahren ruft die „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (abgekürzt BDS) auch in Deutschland zum Boykott gegen Israel, gegen israelische Waren und Dienstleistungen, israelische Künstlerinnen und Künstler,

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Sportlerinnen und Sportler auf. Der allumfassende Boykottaufruf führt in seiner Radikalität zur Brandmarkung israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens als Ganzes. Dies ist inakzeptabel und scharf zu verurteilen.

Der kritische Umgang mit israelischer Regierungspolitik ist von Meinungs-, Presse- und Äußerungsfreiheit geschützt und muss selbstverständlich in Deutschland genauso wie in Israel erlaubt sein.

Die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung sind jedoch antisemitisch. Die Aufrufe der Kampagne zum Boykott israelischer Künstlerinnen und Künstler sowie Aufkleber auf israelischen Handelsgütern, die vom Kauf abhalten sollen, erinnern zudem an die schrecklichste Phase der deutschen Geschichte. „Don't Buy“-Aufkleber der BDS-Bewegung auf israelischen Produkten wecken unweigerlich Assoziationen zu der NS-Parole „Kauft nicht bei Juden!“ und entsprechenden Schmierereien an Fassaden und Schaufenstern.

Der Deutsche Bundestag verurteilt alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion sind, und wird ihnen entschlossen entgegentreten.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

1. dass zahlreiche Gemeinden bereits beschlossen haben, der BDS-Bewegung oder Gruppierungen, die die Ziele der Kampagne verfolgen, die finanzielle Unterstützung und die Vergabe von kommunalen Räumen zu verweigern.
2. den interfraktionellen Antrag „In Nordrhein-Westfalen ist kein Platz für die antisemitische BDS-Bewegung“ des Landtags Nordrhein-Westfalen.

III. Der Deutsche Bundestag beschließt,

1. erneut jeder Form des Antisemitismus schon im Entstehen in aller Konsequenz entschlossen entgegenzutreten und die BDS-Kampagne und den Aufruf zum Boykott von israelischen Waren oder Unternehmen sowie von israelischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Künstlerinnen und Künstlern oder Sportlerinnen und Sportlern zu verurteilen.
2. Räumlichkeiten und Einrichtungen, die unter Bundestagsverwaltung stehen, keinen Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zur Verfügung zu stellen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, keine Veranstaltungen der BDS-Bewegung oder von Gruppierungen, die deren Ziele verfolgen, zu unterstützen.
3. seine Unterstützung für die Bundesregierung und den Beauftragten für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus sowohl in der Prävention als auch in der entschiedenen Bekämpfung von Antisemitismus und jeglichem Extremismus unvermindert fortzusetzen.
4. keine Organisationen finanziell zu fördern, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen.
5. keine Aktivitäten oder Projekte finanziell zu fördern, die zum Boykott Israels aufrufen oder die die BDS-Bewegung aktiv unterstützen.

6. Länder, Städte und Gemeinden und alle öffentlichen Akteurinnen und Akteure dazu aufzurufen, sich dieser Haltung anzuschließen.

Berlin, den

Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion
Andrea Nahles und Fraktion

FDP-Antragsentwurf

Kein Platz für Antisemitismus – der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit ihrer Gründung 2005 ruft die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions) zur Isolation und zum wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Boykott des Staates Israel auf. Die BDS-Bewegung ist in ihren Methoden und Zielen nicht nur antiisraelisch, sondern größtenteils klar antisemitisch. Der Beauftragte der Bundesregierung für Antisemitismus, Dr. Felix Klein, führt dazu aus: "Die BDS-Bewegung ist in ihren Handlungen und Zielen antisemitisch. Die Aktivisten versuchen, Israel zu isolieren und als angeblichen Apartheidstaat zu diffamieren. Der jüdische Staat soll dadurch Schritt für Schritt delegitimiert werden. BDS nimmt zudem israelische Staatsbürger in Geiselhaft und macht sie pauschal für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich."(<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/bds-ist-im-kern-antisemitisch/>)

BDS stellt die Existenzberechtigung Israels in Frage und dämonisiert dessen Bevölkerung in verschwörungstheoretischer Art und Weise. Vertreter dieser Gruppierung erklären regelmäßig, dass es keinen jüdischen Staat in Nahen Osten geben darf. Gleichzeitig werden Terrororganisationen wie die Hamas relativiert, verharmlost und als legitimes Mittel für politischen Protest angesehen (<https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/anti-israel-kampagne-wie-bds-gegen-israel-hetzt/20573168.html>). Neben den inakzeptablen Forderungen werden auch öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, die unser freiheitlichen Werteordnung widersprechen. So wurde kürzlich versucht, eine öffentliche Veranstaltungen mit einer verurteilten Terroristen zu unternehmen. (<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/03/rasmea-odeh-auftritt-berlin-abgesagt-innenverwaltung.html>). Das Anbringen von „DON'T BUY“-Schildern an Stätten, in denen israelische Produkte verkauft werden, erinnert an Zeiten in unserem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte, an die damals überall zu findenden Schilder: Kauft nicht beim Juden. In diesem Zusammenhang ist besonders verstörend, wenn BDS-Anhänger heute ein Podiumsgespräch mit einer Holocaust-Überlebenden und einer Knesset-Abgeordneten aus antiisraelischer Motivation niederbrüllen, wie an der Berliner Humboldt-Universität im Juni 2017 geschehen (<https://www.tagesspiegel.de/berlin/vorfall-an-berliner-humboldt-uni-holocaust-ueberlebende-war-geschockt-von-stoerern/19988488.html>).

In dem von einer großen Mehrheit gefassten Beschluss des Deutschen Bundestags "Antisemitismus entschlossen bekämpfen" vom 17.01.2018 heißt es zu der BDS-Bewegung: "Der Deutsche Bundestag verurteilt jede Form von Judenfeindlichkeit. Das umfasst auch alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber einzig und allein Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion sind. Boykottaufrufe und Beleidigungen gegen Israel und Juden gibt es bereits seit Jahren in Deutschland, zuletzt bei den antiisraelischen Kundgebungen im Dezember 2017 vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Diese sind inakzeptabel." Konkrete Maßnahmen, um der BDS-Bewegung entgegenzutreten, sind im Beschluss jedoch nicht festgehalten. In Nordrhein-Westfalen wurden in einem fraktionsübergreifenden Antrag "In Nordrhein-Westfalen ist kein Platz für die antisemitische BDS-Bewegung" vom 11.09.2018 die antisemitische und antiisraelische BDS-Kampagne und der Aufruf zum Boykott von israelischen Waren oder Unternehmen sowie von israelischen Wissenschaftlern oder Künstlern verurteilt, Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen aufgefordert, der BDS-Kampagne keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und keine Veranstaltungen der BDS-Kampagne oder von Gruppierungen, welche die Ziele der BDS-Kampagne verfolgen, zu unterstützen sowie die Städte, Gemeinden, Landkreise und alle öffentlichen Akteure dazu aufgerufen, sich dieser Haltung anzuschließen. Bundesweit haben Städte Beschlüsse gefasst, dass Organisationen und

FDP-Antragsentwurf

Personen, die der BDS-Bewegung angehören, keine Räumlichkeit mehr zur Verfügung gestellt werden dürfen, allen voran hierbei die Stadt Frankfurt genannt.

Seit der Beschlussfassung des Deutschen Bundestags zur Bekämpfung von Antisemitismus im Januar 2018 sind wichtige Schritte unternommen worden. Es wurde das Amt des Beauftragten für Antisemitismus geschaffen und mit Dr. Felix Klein besetzt. Es wird an der bundesweiten Ausweitung einer Meldestelle für antisemitischen Vorfälle gearbeitet, um ein realistisches Bild über den in Deutschland virulenten Antisemitismus gewinnen zu können und nicht weiterhin nur Zahlen zur Verfügung haben, die Vorfälle betreffen, welche die Schwelle der Strafbarkeit überschreiten. Auch ist festzuhalten, dass Städte und Kommunen eigeninitiativ Prävention gegen Antisemitismus unternehmen, wie z.B. durch die oben genannten Beschlüsse, der BDS-Bewegung nahestehenden Organisationen und Personen keine Räumlichkeiten mehr zu überlassen. Das alles ist aber nur ein Anfang. Es gilt insbesondere auf Bundesebene, konsequent Maßnahmen nun dem Beschluss folgen zu lassen, dem wieder immer offener ausgelebten Antisemitismus entschieden entgegen zu treten. Ein einmaliger Beschluss reicht nicht aus, um Antisemitismus einzudämmen, er muss weiter mit Leben gefüllt werden; auch um den Beauftragten gegen Antisemitismus in seiner Arbeit zu unterstützen.

Jegliche Form von Antisemitismus darf in der Bundesrepublik Deutschland weder geduldet noch toleriert werden. Es ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft, Antisemitismus entschieden entgegen zu treten. Die Politik muss hierbei die Akteure in der Arbeit gegen Antisemitismus unterstützen, die die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen.

Dass Antisemitismus, Boykottaufrufe und Diskriminierung jeglicher Art inakzeptabel sind, wurde in dem fraktionsübergreifenden Beschluss des Deutschen Bundestages aus dem Januar 2018 festgestellt. Es gilt nun, dieser Aussage konkrete Maßnahmen folgen zu lassen, sodass es nicht bei einem Lippenbekenntnis bleibt. Der Deutsche Bundestag tritt vor diesem Hintergrund dafür ein, alle Formen der Unterstützung der BDS-Bewegung auszuschließen.

Der Deutsche Bundestag beschließt

- Wir treten der weltweiten Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“ (BDS) entschlossen entgegen. Der Deutsche Bundestag verurteilt den Aufruf zum Boykott israelischer Geschäfte, Waren, Unternehmen, israelischer Wissenschaftler oder Künstler sowie die Aufbringung von „Don't Buy“-Schildern auf Waren aus Israel auf das Schärfste. Es ist Aufgabe der unabhängigen Justiz, zu prüfen, inwieweit durch einen Boykott Straftatbestände, z. B. der Volksverhetzung, erfüllt sind, und gegebenenfalls angemessene Sanktionen gegen die Täterinnen und Täter zu verhängen;
- Nichtregierungsorganisationen, die den Boykott israelischer Produkte, Unternehmungen oder Personen fordern, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln finanziert werden. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, mit Bundesmitteln geförderte Organisationen und Projekte im In- und Ausland im Rahmen der Mittelvergabe dahingehend zu überprüfen, ob sie die BDS-Kampagne unterstützen, beziehungsweise deren Boykottforderungen gegen israelische Waren, Unternehmen oder Personen teilen und in diesem Fall jegliche Förderung durch Bundesmittel zu verwehren beziehungsweise einzustellen.
- In Gebäuden, die unter Bundesverwaltung stehen, dürfen der BDS-Kampagne keine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden und keine Veranstaltungen der BDS-

FDP-Antragsentwurf

Kampagne oder von Gruppierungen, welche die Ziele der BDS-Kampagne verfolgen, unterstützen.

- Bei der Verleihung öffentlicher Preise, die durch die Bundesregierung unterstützt werden, ist auszuschließen, dass die geehrten Personen, Vereine oder sonstige Organisationen die Ziele und Werte der BDS-Kampagne unterstützen.
- Wir rufen Länder, Städte, Gemeinden, Landkreise und alle öffentlichen Akteure dazu auf, sich dieser Haltung anzuschließen.
- Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung sowohl in der Prävention als auch in der entschiedenen Bekämpfung von Antisemitismus und jeglichem Extremismus.

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Braun, Beatrix von Storch, Dr. Anton Friesen, Marcus Bühl, Petr Bystron, Siegbert Droese, Thomas Ehrhorn, Peter Felser, Markus Frohnmaier, Albrecht Glaser, Lars Herrmann, Martin Hess, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Stefan Keuter, Enrico Komning, Jörn König, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft, Volker Münz, Christoph Neumann, Gerold Otten, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Martin Reichardt, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel, Wolfgang Wiehle, Dr. Christian Wirth, Verena Hartmann und der Fraktion der AfD

BDS-Bewegung verurteilen – Existenz des Staates Israel schützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

„Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS; Eigenbezeichnung in Deutschland: „BDS-Kampagne – Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“; im Folgenden „BDS-Bewegung“), ist eine transnationale politische Bewegung, die Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren will. Ihr Ziel ist die Dämonisierung und Delegitimierung Israels und letztlich dessen Vernichtung.

Die „Palästinensische Zivilgesellschaft“, ein Verbund von 170 NGOs, rief erstmals im Juli 2005 zu „Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel auf, bis es internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt.“ (<https://bdsmovement.net/call#German>)

Seit dem Aufruf von 2005 hat sich die BDS-Bewegung neue Ziele gesetzt: Israel müsse die Besetzung und Besiedlung „allen arabischen Landes“ beenden sowie „den palästinensischen Flüchtlingen und deren Nachkommen die Rückkehr in ihre frühere Heimat und zu ihrem Eigentum ermöglichen“.

Seit 2009 gelang es der BDS-Bewegung, eine Reihe von Boykottmaßnahmen gegen Israel international zu implementieren. Dazu gehört insbesondere der ausdrückliche Herkunftsnachweis für Waren aus den israelischen Palästinensergebieten. Für diese wurde damit eine faktisch wirtschaftliche Anerkennung als eigenständiger Staat geschaffen, ohne dass dies in irgendeiner Weise legitimiert wäre. Firmen in Norwegen, Großbritannien, Südafrika, die EU als Ganzes sowie einige Unternehmen in der Schweiz und in den USA haben sich dem angeschlossen.

Manche BDS-Vertreter bestreiten das Existenzrecht Israels und wollen den Staat Israel abschaffen. Die Mehrheit der Politikwissenschaftler und die meisten inter-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

nationalen Antisemitismusexperten bezeichnen die BDS-Kampagnen als antizionistisch, antisemitisch und als gegen den jüdischen Staat gerichtet. Viele Mitglieder der BDS-Bewegung stehen in Verbindung mit extremistischen und offen antisemitisch agierenden Organisationen.

Das Simon-Wiesenthal-Zentrum bewertet die Aktivitäten der BDS-Bewegung von ihren Anfängen bis heute als eindeutig antisemitisch und auf die Vernichtung Israels hin ausgerichtet. Die BDS-Bewegung taucht Jahr für Jahr in der vom Simon-Wiesenthal-Zentrum herausgegebenen Liste der weltweit gravierendsten antisemitischen und antiisraelischen Vorfälle auf; so 2018 auf den Plätzen drei, sieben und zehn. Auf Platz sieben verzeichnete das Simon-Wiesenthal-Zentrum seinerzeit die Geschäfte der deutschen Bank für Sozialwirtschaft mit dem Verein „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden im Nahen Osten“, einer BDS-Unterstützerorganisation. 2017 rangierte die BDS-Bewegung auf den Plätzen drei und neun, 2016 auf den Plätzen eins und vier. (http://www.wiesenthal.com/atf/cf/%7B54d385e6-f1b9-4e9f-8e94-890c3e6dd277%7D/REPORT_313.PDF)

Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, nennt die BDS-Bewegung „im Kern antisemitisch“ (<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/bds-ist-im-kern-antisemitisch/>).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zur Kenntnis zu nehmen, dass die BDS-Bewegung ihren Ursprung in antisemitischen und antizionistischen Initiativen arabischer Gruppen hat, die lange vor der Gründung des Staates Israel bereits aktiv waren und die zwischen 1933 und 1945 in engem und freundschaftlichem Kontakt mit der nationalsozialistischen Regierung Deutschlands standen;
2. allen Gruppierungen, die sich zur BDS-Bewegung zählen, sofort jegliche Förderung aus Bundesmitteln zu streichen; dies gilt insbesondere auch für die finanzielle Unterstützung BDS-naher NGOs durch parteinahe Stiftungen;
3. Die BDS-Bewegung bundesweit, zum Beispiel auf dem Wege des Vereinsrechtes, zu verbieten;
4. mit der israelischen Regierung Konsultationen zur gemeinsamen Bekämpfung des Antisemitismus jedweder Ausprägung zu initiieren;
5. sich zur Verantwortung für das Unrecht zu bekennen, dass jüdischen Siedlern in Palästina durch arabische Boykottaufrufe in Zusammenarbeit und im Zusammenhang mit der Herrschaft des Nationalsozialismus angetan wurde.

Berlin, den 9. April 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung

Die BDS-Bewegung hat in Palästina viele Vorläufer und der Boykott jüdischer Aktivitäten beginnt bereits vor der Gründung des Staates Israel: 1922 verbietet der 5. Palästinensisch-Arabische Kongress den Verkauf von Land an Juden und die Förderung jüdischer Geschäfte. 1929 wurde das Verbot auf alle jüdischen Produkte ausgeweitet. 1931 rief der Islamische Weltkongress zum Boykott von Unternehmen auf, die von Mitgliedern der zionistischen Bewegung im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina betrieben wurden. Im März 1933 forderte das Arabische Exekutivkomitee den Boykott britischer und zionistischer Produkte. Diese Boykottaufrufe wurden unter dem Einfluss des nationalsozialistischen Boykotts jüdischer Geschäfte vom 1. April 1933 verstärkt: Im Oktober 1934 entschied die „Arab Labour Federation“, jüdische Unternehmen zu bewachen und zu boykottieren. Der Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, ein großer Verehrer Adolf Hitlers, drang auf den Boykott aller jüdischen Läden und Händler. (Gil Feiler: From Boycott to Economic Cooperation: The Political Economy of the Arab Boycott of Israel, 1998, S.21–24)

Nach 1948 fokussierte sich die arabische Boykottbewegung auf die Vernichtung des Staates Israel. Im Laufe der Jahrzehnte wurden die Ziele modifiziert und an die politischen Realitäten angepasst. Rückschläge erlitt die Bewegung durch die Friedensinitiativen von Madrid (1991) und Oslo (1993) und die sich dadurch verbessernden Beziehungen Israels zu seinen arabischen Nachbarn.

Mit der zweiten Intifada im Jahr 2000 gewann die antiisraelische Boykottbewegung wieder an Stärke. Ein Meilenstein hierbei war die Durban-Konferenz 2001. Unter dem Schuttschirm der Vereinten Nationen wurde dort eine umfassende antiisraelische Agenda ausformuliert. Israel, so hieß es, sei ein rechtloser, rassistischer Apartheidsstaat, der permanent Kriegsverbrechen, und ethnische Säuberungen an den Palästinensern betreibt. (<https://www.discoverthenetworks.org/organizations/boycott-divestment-sanctions-movement-bds/>)

Auf dem BDS-Webportal (<http://bds-kampagne.de/>) ist unter „Artwashing Apartheid“ zu lesen: „Wir, die unterzeichnenden Einwohner*innen Europas und darüber hinaus, fordern die Mitglieder der Europäischen Rundfunkunion – unsere öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – auf, sich aus dem Eurovision Song Contest 2019, der von Israel ausgerichtet wird, zurückzuziehen, um zu verhindern, an Israels anhaltenden Verletzungen der palästinensischen Menschenrechte beteiligt zu sein. Wir fordern Liedermacher*innen und Musiker*innen auf, 2019 den Wettbewerb in Israel zu boykottieren, so wie sie einst das Apartheid-Regime in Südafrika boykottiert haben.“ Begründet wird das damit, dass „das israelische Apartheid-Regime“ daran arbeite, ein „hübscheres Gesicht“ Israels zu präsentieren, indem es „seine jahrzehntelange Unterdrückung und Enteignung der Palästinenser*innen durch Kunst reinwäscht.“ (<https://secure.everyaction.com/p/N3q5tyBFYEqYpvJgTyR8wQ2>)

Das „Kauft nicht bei Juden!“ im nationalsozialistischen Deutschland wird auf diese Weise zeitgemäß erweitert zum „Hört nichts von Juden!“ und „Feiert nicht mit Juden!“. Selbst die linke „taz“ bestätigt, dass es der BDS-Bewegung „nicht um das Wohl der Palästinenser“ gehe. Sie bezeichnet die BDS-Bewegung als im Kern antisemitisch. (<http://www.taz.de/Kommentar-BDS-und-Antisemitismus/!5563098/>)

Die BDS-Bewegung erhält durch zahlreiche ihnen nahestehende NGOs finanzielle Unterstützung. Ein Beispiel hierfür ist die NGO Al-Haq („Wahrheit“), die der BDS-Bewegung finanziell beisteht und von einem vorbestraften palästinensischen Terroristen geführt wird. Der Geschäftsführer von Al-Haq ist seit 2006 Shawan Jabarin, führendes Mitglied der PLFP, die von der EU als Terrororganisation eingestuft wird. Weitere vorbestrafte, bei Al-Haq angestellte PLFP-Terroristen sind Ziyad Muhammad Shehadeh Hamedian, Zahi Abd-Al-Hadi Muhammad Jaradat und Majed Omar Daud Abbadi. Al-Haq wird finanziert durch den Zivilen Friedensdienst (ZFD) des BMZ, die Heinrich-Böll-Stiftung, Brot für die Welt und die Europäische Union. Die Finanzierung ist intransparent. Weder Al-Haq noch das BMZ haben Zahlen vorgelegt. Die EU hat Al-Haq 2018 eine dreijährige Projektfinanzierung in Höhe von €296.600 gewährt. (https://www.ngo-monitor.org/ngos/al_haq/)

Insbesondere die deutschen Parteistiftungen alimentieren BDS-nahe NGOs: Die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) subventioniert unter anderem die „Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs“ (PASSIA), die zudem von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH finanziert wird. Bei PASSIA-Konferenzen sprechen Hamas-Vertreter wie Mazen Sinokrot (21.05.2015) und Khalid Abu Arafah (17.02.2010). Gastredner Sheikh Ikrima Sabri (17.02.2010) befürwortet das Märtyrertum und Selbstmordattentate durch Kinder: „Je jünger der Märtyrer, desto größer meine Hochachtung“ (zitiert nach https://www.ngo-monitor.org/ngos/palestinian_academic_society_for_the_study_of_international_affairs_passia/). Die Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne) stärkt durch finanzielle Zuwendungen die Zeitschrift +972, das „Ma'an Development Center“, Addameer, Al-Haq und Al Mezan, die wiederum der BDS-Bewegung bei antiisraelischen Aktionen assistieren. Im November 2017 musste die Heinrich-Böll Stiftung die Konferenz „30 Jahre Intifada“ absagen, nachdem bekannt wurde, dass führende Vertreter der Hamas und PLFP sprechen sollten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (Die Linke) bezuschusst unter anderem die „Union of Agricultural Work Committees“ (UAWC), den Landwirtschaftsverband der Terrororganisation PLFP, sowie die BDS-Gruppen „Association for Civil Rights in Israel“ (ACRI), „Applied Research Institute Jerusalem“ (ARIJ), „Combatants for Peace“ und „Zochrot“. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) arbeitet unter anderem mit der „Society of St. Yves“, die an der BDS-Bewegung partizipiert und den Terror als „Widerstand“ bezeichnet, sowie mit den BDS-Gruppen „Institute of Law at Birzeit University“ und „The Palestine Strategy Group“ zusammen. Die Hanns-Seidel-Stiftung (CSU) fördert die BDS-nahen Gruppen „I'lam“ und „Shatil/New Israel Fund“. (<https://www.ngo-monitor.org/reports/bundesdeutsche-organisationen-mit-einfluss-auf-die-zivilgesellschaft-im-arabisch-israelischen-konflikt/>)

Die Bundesregierung verfolgt gegenüber der BDS-Bewegung einen Kurs des Sich-Wegduckens und des Ignorierens. Das wird erkennbar aus den Antworten auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Anton Friesen; dort heißt es: „Die Bundesregierung äußert sich zu Verbotsüberlegungen generell nicht, unabhängig davon, ob hierzu im Einzelfall überhaupt Anlass besteht. Die Bundesregierung weist allerdings darauf hin, dass der Vereinsbegriff des Vereinsgesetzes ein in jeder Weise offener Begriff ist.“ (Drs. 19/4248) Das Verbot der BDS-Bewegung durch das Vereinsrecht hatte der Regierende Bürgermeister von Berlin Michael Müller (SPD) angeregt. In ihrer Antwort zu den extremistischen Tendenzen von BDS verweist die Bundesregierung darauf, dass die Bewegung zu heterogen sei, um sie „pauschal“ als extremistisch zu bewerten.

Demgegenüber gibt es in Deutschland ein breites gesellschaftliches Bündnis, das die BDS-Bewegung als antisemitisch ansieht. Dieses Bündnis bewertet den von der BDS-Bewegung gepflegten Antizionismus als den Antisemitismus der gebildeten Kreise.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.